„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier. Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries ... $3.50
Offices and printing plant: 1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 27. April 1927. | 12 Seiten | Nummer 25.

Kritik am deutschen Schulwesen.

Deputyminister Ball als Redner vor Erziehungs-Konvention.

Spricht von „schrecklichem Beispiel".

Regina. — In Regina fand in den letzten Tagen die Konvention der Erziehungs-Vereinigung von Saskatchewan statt. Unter den Rednern befand sich auch A. H. Ball, der Deputyminister für Unterrichtswesen. Er wandte sich gegen die destruktive Kritik in Erziehungsfragen und forderte die Lehrer auf, in aufbauendem Sinne an der Entwicklung des Unterrichtswesens mitzuwirken. Er schilderte die soziale Unruhe seit dem Weltkrieg. Die Furcht beherrsche noch die Nationen, während die vollkommene Liebe, welche die Furcht beseitige, kaum am internationalen Horizont erkennbar sei. Doch die Nationen seien bestrebt, die Militärmacht zu beschränken.

Der Redner verwies auf einige Anzeichen internationaler Verständigung, wie sie sogar schon von deutschen, tschechischen und canadischen Kindern ausgehen.

Aber trotz allem herrsche noch eine große Verwirrung der Begriffe. Neue Systeme würden erdacht und alte verurteilt. Es wäre seltsam, wenn diese Unruhe nicht auch auf das Erziehungswesen übergreifen würde. Herr Ball zitierte einige von diesen Strömungen.

„Die wirkliche Erziehung des Kindes wird die Entwicklung des Besten in seiner Persönlichkeit sein." — Gewiß ein Ausspruch, mit dem wir alle einverstanden sein können. Nur fragt es sich, welche Methode zur Entwicklung des besseren Selbst des Kindes angewandt werden muß.

Eine weitere Bewegung führte der Redner an, nämlich jene, welche darauf abziele, daß der Staat die Schulen betreiben und die Lehrer zu Zivilbeamten machen solle. Australien werde als Beispiel angeführt. **„Das vorkriegszeitliche Deutschland ist"**, so fuhr Herr Ball fort, **„das schreckliche Beispiel (horrible example) eines staatlichen Erziehungssystems, das sich in weitestem Maße ausgewirkt hat. Wer möchte es in Canada haben?"**

Dann machte er vor dem „gesunden Menschenverstand" der Angelsachsen eine Verbeugung, um schließlich zu erklären: „Deutschland und Italien sind seit dem Kriege sehr radikal gewesen; **das erstere bemüht sich mit Hilfe seiner Schulen durch die gemeinsame Erziehung der Kinder der Reichen und Armen eine soziale Einheit zu schaffen,** während das letztere seine Lehrer emanzipiert."

* * *

Dieser Auszug aus der Rede des Herrn Deputyministers Ball genügt, um wieder einmal den Nachweis zu erbringen, wie leicht sich bei dem Urteil über die Erziehungssysteme fremder Länder irrtümliche Auffassungen einschleichen können. Wir mußten im „Courier" schon mehrfach darauf hinweisen.

Es würde uns interessieren, die Quellen zu kennen, aus denen Herr Ball seine Kenntnisse über das deutsche Schulwesen geschöpft hat. Man kann doch nicht mit einigen Phrasen ein System aburteilen, das eine tausendjährige Tradition hinter sich hat, das sich aus kleinen Anfängen zu seiner heutigen imposanten Größe entwickelt hat, das schon in der Vorkriegszeit die Bewunderung und den Neid der größten Wissenschaftler und Pädagogen der Welt hervorgerufen hat. Abordnungen aus der verschiedensten Herren Länder kamen damals nach Deutschland, um das deutsche Schulsystem an Ort und Stelle zu studieren und es zur Grundlage ausländischer Systeme zu nehmen.

Was soll man unter dem „schrecklichen Beispiel" verstehen? Dachte der Redner dabei im Sinne der zum alten Eisen gewordenen Kriegspropaganda an das Schreckensgespenst des deutschen „Militarismus", der heute wohl angesichts des erneuten Wettrüstens der Mächte, der Ver. Staaten, Frankreichs, Großbritanniens usw., seine Schrecken verloren haben dürfte? Für das „schreckliche Beispiel" wären genaue Angaben sehr erwünscht. Dann ließe sich darüber weiter reden. Mit einem abfälligen Ausdruck kann man das deutsche Schulsystem der Vorkriegszeit nicht einfach abtun. Der „Courier" hat bereits aus Anlaß der letzten allgemeinen Schulvorsteher-Konvention in Moose Jaw darauf hingewiesen, daß die deutschen Schulen viel weniger unter nationalistischen und politischen Einflüssen standen wie diejenigen anderer Länder. Die deutschen Schulen kannten kein Flaggenschwenken und keine Kadettenkorps; die einzigen Anläße, bei denen so etwas wie vaterländisches Gefühl zum Durchbruch kam, waren die Geburtstage der Landesfürsten und große nationale Jahrhundertfeiern. Vielleicht ist vom deutschen Standpunkt aus in nationaler Beziehung in den Schulen sogar viel versäumt worden, während man den schultechnischen Betrieb und die qualitativen Leistungen des Unterrichts zu einer bewundernswerten Höhe entwickelt hat. Darüber kann wohl jener am besten urteilen, der selbst deutsche Schulen absolviert hat. Darüber kann aber auch schon deswegen kein Zweifel aufkommen, weil die glänzenden Leistungen der deutschen Wissenschaft und der deutschen Technik und der allgemeine hohe Stand der deutschen Volksbildung ohne ein hochentwickeltes Schulwesen undenkbar wären.

Wenn das deutsche Schulsystem in seinem organisatorischen Aufbau vor dem Kriege eine weitgehende Einheitlichkeit zeigte, so waren doch gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten oder Ländern, wie sie heute heißen, festzustellen. In Bayern z. B. gab es in den Schulen keinen Unterschied zwischen armen und reichen Kindern, während in einigen altpreußischen Provinzen andere Regelungen getroffen waren. Folglich muß man sich auch hier vor verallgemeinernden Urteilen hüten, sondern erst den Dingen auf den Grund gehen und ihre geschichtliche Entwickelung im Auge behalten.

Richtig ist, daß seit dem Kriege verschiedene Reformideen aufgetaucht sind. Diese beziehen sich jedoch hauptsächlich auf den christlichen Charakter der deutschen Schule, der von Freidenkerkreisen angefochten wird. Der Kampf um diese Frage ist noch nicht endgültig entschieden.

Wenn Plato über die hohe Kultur der alten Griechen mit Autorität sprechen will, muß er die altgriechische Sprache und Literatur gründlich kennen. Sollte man bei Rednern, die über das hochentwickelte deutsche Schulwesen ein allgemeingültiges Urteil abgeben wollen, nicht auch eine eingehende Kenntnis deutscher Sprache und deutschen Geistes lebens als unbedingte Voraussetzung verlangen?

Forke begrüßt Einwanderung von Fremdgeborenen.

Weil sie schwere und schmutzige Arbeiten verrichten.

Die Frage der Mennoniten-Einwanderung erörtert.

Ottawa. — Am 14. April fand bekanntlich im Unterhause zu Ottawa eine nochmalige Debatte über die Einwanderungsfrage statt, bei welcher die Meinungen zum Teil weit auseinandergingen. Eine bemerkenswerte Erklärung gab der canadische Einwanderungsminister Hon. Robert Forke ab, der ausführte:

„Wir sprechen manchmal ziemlich verächtlich von der Einwanderung Fremdgeborener, aber dieses Land würde lange zu seiner Entwicklung brauchen, wenn wir nicht die fremdgeborenen Einwanderer hätten. Wenn Sie herumgehen und nachschauen, wer die schwere, schmutzige Arbeit leistet, die Arbeit in den Holzfallerlagern, in den Kanälen, die schwere physische Arbeit, die unseren eigenen Leuten vielleicht nicht erwünscht ist, so werden Sie entdecken, daß sie von Ausländern geleistet wird. Sie sind nicht zu verachten. Viele von ihnen sind ehrliche und anständige Leute, die gewillt sind, schwere körperliche Arbeit zu verrichten, die unsere Canadier nicht verrichten wollen und wir können stets eine gewisse Zahl von fremdgeborenen Leuten assimilieren."

Der Abgeordnete Vallance kam auf die britische Einwanderung zu sprechen und bemerkte: „Die canadischen Verhältnisse sind derart, daß die britischen Einwanderer wohl nicht in großer Zahl kommen werden. Es hat keinen Zweck, diese Tatsache zu übersehen. Ich behaupte, daß der Mann, den wir in Westcanada brauchen, derjenige mit dem Schafspelzmantel ist. Soweit die britische Einwanderung in Betracht kommt, kann ich nicht einsehen, was es für einen Wert hat, diese Leute hierher zu bringen, wenn wir sie zur Erschließung des Nordlandes verwenden wollen."

Eine Debatte entspann sich noch über die Mennoniten. Der Abgeordnete Garland von Bow River behauptete, die C. P. R. habe in einem Jahr 21.000 Einwanderer hereingebracht, von denen 7000 Mennoniten seien, welche nicht assimiliert werden könnten. Dieser Typ von Leuten weise besondere Defekte auf. In seinem Wahlkreis breiteten sie sich aus. Er habe nichts gegen ihre Religion einzuwenden, aber sie schlössen sich von den anderen ab und würden keine vollgültigen Bürger. — Der Abgeordnete Brown von Manitoba trat dem entgegen und erbrachte den Nachweis, daß die Mennoniten vorzügliche Ansiedler seien, wie er aus seinem eigenen Wahlkreis wisse. Es gebe Mennoniten, welche ihre Bürgerpflichten treu erfüllten. Sie seien fortschrittliche Farmer und zählten zu den besten Leuten im Lande.

Canadische Alkoholausfuhr

Windsor, Ont., 24. April. — 65 Prozent des gesamten Exports canadischen Whiskeys nach den Ver. Staaten und 80 Prozent des gesamten Biererports gehen durch Windsor und dessen Außenhäfen, bezeugte A. E. Nash, Auditor der königlichen Zollkommission. Er sagte ferner aus, daß im Jahre 1924 42 Prozent der gesamten Whiskeyausfuhr Canadas nach den Ver. Staaten ging, und daß diese in 1925 auf 61 Prozent und in 1926 auf 80 Prozent sich erhöhte.

Die Zukunft des deutschen Volkes

Buffalo, 24. April. — Der deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Ago von Maltzan, war Gast der Stadt bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Dinner. Nachdem er vom Manor willkommen geheißen wurde, hielt er eine Ansprache, in welcher er ausführte, daß gleich dem Niagara-Fall der amerikanische Charakter stark und unwiderstehlich sei.

Auf Deutschland zu sprechen kommend, sagte er: „Der Fortschritt in Deutschland ist nicht so rasch, wie die meisten Amerikaner glauben, aber es ist ein stetiger Fortschritt. Die Löhne sind nicht annähernd so hoch, wie in Ihrem Lande und die Lebensmittelkosten in unserem Lande sind um 100 Prozent höher als vor dem Kriege. Unser Volk ist ernsig und ehrgeizig. Der Markt ist stabil und die Zukunft unseres Landes ist glänzend."

Der Eisenbahnüberfall in Mexiko

Stadt Mexiko, 23. April. — Eine vom Büro des Präsidenten Calles veröffentlichte Erklärung besagt, daß die Anführer der Bande, welche einen Zug in der Nähe von Linon überfiel und viele Passagiere abschlachteten, ein Rechtsanwalt namens Loza und ein Rebellenhauptling waren, der unter dem Namen „Nummer 14" bekannt ist.

Dem Präsidenten Calles wurde mitgeteilt, daß es der Halfte der Passagiere, deren genaue Zahl noch nicht festgestellt werden könnte, gelang, aus dem in Brand gesteckten Zuge zu flüchten.

Hohe Regierungsbeamte wurden zu Präsident Calles gerufen, der Befehle zu den umfassendsten militärischen Operationen gegen die Verüber des gemeinen Verbrechens und die weitestgehende Untersuchung der Angelegenheit erteilte. (Siehe auch auf Seite 2 unter Mexiko!)

Dr. Eckener besucht Amerika

Bremen, 24. April. — Dr. Hugo Eckener, der Zeppelin-Erbauer, fuhr an Bord des Dampfers „Berlin" nach New York ab.

Vor kurzem wurde gemeldet, daß Dr. Eckener weitere Fonds suche, um die Zeppeline fertigstellen zu können, die in Deutschland für den Luftdienst zwischen Spanien und südamerikanischen Ländern, der nächstes Jahr eröffnet werden soll, gebaut werden.

Dr. Eckener sagte im letzten Monat bei seiner Rückkehr von Spanien, es werde geplant, alle drei Wochen einen Rundflug nach Südamerika auszuführen mit einer Ladung von fünfzehn Tonnen, bestehend aus Post und einigen Passagieren.

Ueberschwemmungselend im Mississippital.

150,000 Menschen durch Dammbruch obdachlos geworden

Sturmverheerungen in einigen Staaten.

Washington, 23. April. — Alle Regierungsstellen vereinten sich heute zum Beistand der Flutopfer im Mississippital. Nach dem Aufruf des Präsidenten um Gelder berief ein Komitee des Kabinetts mit dem Roten Kreuz und kündigte an, daß für die Notleidenden mindestens fünf Millionen Dollars notwendig sind. Alle Beiträge sollten an das Rote Kreuz geschickt werden. Nach Angabe von Sekretär Davis kann zur Verhinderung weiterer Brüche bei Mississippi-Dämmen nichts geschehen. Seiner Schätzung nach werden in den nächsten Tagen 150,000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben. Das Kriegsamt leitet dem Roten Kreuz durch Lieferung von Zelten und Decken jeden möglichen Beistand. Beamte des öffentlichen Gesundheitsdienstes werden mitwirken, um Seuchen in bereits errichteten oberen Stockwerk nach dem Erdgeschoß, wo sie sich niederkauerten, während der Tornado das obere Stockwerk förmlich vom Bau addrehte und fortriß.

In Buffalo Hart brachte ein Lehrer seine 30 Schüler in das Erdgeschoß der nebenanliegenden Kirche. Das Schulhaus wurde demoliert, aber den Kindern wurde kein Leids angetan. Somit wurde fast jedes Haus in Cornland und in Buffalo Hart fortgeweht. Starr Center, der erste Ort in Illinois, der in der Bahn des Tornado lag, wurde dem Erdboden gleich gemacht.

Ein plötzlicher Barometersturz half mehrere Stunden vorher das Herannahen des Sturms angekündigt.

Im Staate Texas stellt sich die Zahl der Opfer verschiedener, fast gleichzeitiger Tornados auf 50 Tote. Im Staate Oklahoma hat der Sturm in Verbindung mit den Ueberschwemmungen 15 Menschen den Tod gebracht.

Neuer chinesischer Protest.

Franzosen gegen scharfes Vorgehen in China

Britische Forderungen an Regierung in Hankau.

Schanghai, 22. April. — Im chinesischen Stadtteil von Schanghai wurde heute das Standrecht erklärt infolge der Agitation radikaler Gewerkschaften. Chinesische Polizei bewacht die Straßen; verdächtige Chinesen werden durchsucht. Im Eingeborenenviertel von Lungpoha wurden sechs radikale Führer hingerichtet.

Eugen Chen, Auslandsminister der kantonesischen Regierung, protestierte gegen die Anwesenheit fremder Kanonenboote im Jangtse-Fluß vor Hankau. Er benachrichtigte auch die Konsuln, daß die nationale Regierung die Verantwortung für fremdes Eigentum in Hankau nur übernimmt, wenn Ausländer ihre Geschäfte wieder aufnehmen. Chen forderte ausländische Geschäftsleute zu einer Zusammenkunft auf. Sie erhoben jedoch Einwand und sagten, unter den jetzigen Verhältnissen seien Geschäfte gänzlich unmöglich.

Nach Einrichtung der neuen Regierung in Nanking nahm General Chiang, Führer des gemäßigten Teiles der Nationalisten, seinen Vorstoß nach Norden plötzlich wieder auf. Seine Streitkräfte rücken auf zwei Wegen vor. Sie erreichten einen Ort am südlichen Teil der Tientsin—Pukow-Bahn. Ihr Ziel ist Suchowfu, ein Bahnknotenpunkt. Zehntausend Mann von Chiang ziehen auch gegen Chinkiang, um den Fluß zu überschreiten und Yanchow anzugreifen, 15 Meilen nördlich. Diese beiden Vorstöße würden im Falle des Erfolges die nördlichen Streitkräfte in der Gegend von Pukow abschneiden.

Gegen scharfes Vorgehen.

Paris, 22. April. — Die französische Regierung widerstrebt britischen Plänen auf scharfes militärisches Eingreifen in China, falls die nationalistische Regierung Forderungen der Mächte, die in neuen Noten unterbreitet werden, verwirft. Die Briten machten eine Reihe von Vorschlägen, wenn Auslandsminister Chen von der Regierung in Hankau auf seiner ablehnenden Haltung beharrt. Zu den Vorschlägen gehören Zerstörung der Woosung-Forts nahe Schanghai, der Kiangyin-Forts am Jangtse-Fluß und des Arsenals in Hankau, sowie Beschlagnahme der chinesischen Flotte. Ein solches Vorgehen würde nach französischer Auffassung der Regierung in Hankau eine größere Wichtigkeit beimessen, als sie im Hinblick auf die Spaltung mit den gemäßigten Nationalisten unter Führung von General Chiang besitzt. Ueberdies könnte die Regierung von Chen bis zu der Zeit, in welcher die Mächte ihre Streitkräfte auszuführen imstande sind, ihre Bedeutung in chinesischen Angelegenheiten verloren haben.

Große deutsche Anleihe an Rußland

London, 22. April. — Nach heutigen Berichten in Finanzkreisen verhandeln deutsche Banken und Industrielle über Gewährung von Handelskrediten an Sowjetrußland im Betrage von 40 bis 60 Millionen Pfund Sterling. Die Anleihe ist im Jahre 1935 zahlbar. Die deutsche Regierung gab dem Plan der Anleihe dem Vernehmen nach ihre Zustimmung.

Deutsche Forschungen in der Mandschurei

Berlin, 23. April. — Eine deutsche Expedition unter Leitung des Forschers Walther Stötzner und der Geographen Maier und Fritsch ist nach der Mandschurei abgereist. Sie erforscht ein 400 Kilometer breites und 1000 Kilometer langes Gebiet nahe der Grenze des Heilungkiang-Distrikts, welche das östliche Sibirien berührt.

Bischöfe ausgewiesen

Mexiko, 23. April. — Erzbischof Mora Del Rio von der Stadt Mexiko, das Haupt der katholischen Geistlichkeit in Mexiko, und fünf andere Kirchenführer sind heute nach Laredo, Texas, unterwegs. Sie wurden ausgewiesen. Donnerstag Nacht kamen Agenten der Regierung in die Wohnungen des Erzbischofs Del Rio und des Erzbischofs Ruiz y Flores von Michoacan sowie in die Häuser verschiedener Bischöfe. Die Prälaten wurden auf einen Zug nach der amerikanischen Grenze gebracht.

Katholische Würdenträger, die noch in Mexiko bleiben, halten sich versteckt. Man glaubt, daß nur sieben Erzbischöfe und Bischöfe in der Republik sind. Ihr Aufenthalt ist unbekannt.

Sapiro-Ford-Prozeß abgebrochen.

Unbefugte Einmischung in Gerichtsverhandlung

Wiederaufnahme für Herbst vorgesehen.

Detroit, Mich. — Bundesrichter Fred M. Raymond erklärte auf Antrag der Verteidigung die seitherige Verhandlung der Aaron Sapiro $1,000,000-Verleumdungsklage gegen Henry Ford als falsch geführt und entließ die Geschworenen. Dies geschah, weil Frau Cora Hoffmann, die als elfter Geschworener ausgelost wurde, als der Prozeß vor sechs Wochen begann, einem Berichterstatter ein Interview gewährte, das in der Detroit Times erschien.

Richter Raymond sprach Frau Hoffmann ausdrücklich frei von jeder Schuld in Verbindung mit den von Ford-Detektivs erhobenen Beschuldigungen, daß sie mit „Kid" Miller eine $10,000 Bestechung besprochen und daß sie fälschlicher Weise erklärt habe, daß sie als Zeugin qualifiziert sei. Der Richter erklärte ferner, daß er nicht glaube, daß Sapiro in Verbindung mit dieser Geschworenen sich irgend etwas Unrechtes zu schulden kommen ließ.

Anwälte für Aaron Sapiro und Henry Ford stimmten dem Vorschlag des Richters Raymond zu, am Samstag, den 30. April, in Detroit eine Sitzung abzuhalten, um zu versuchen, eine Einigung über die Festsetzung des Beginns eines neuen Verhandlungstermins für die $1,000,000-Verleumdungsklage zu erzielen.

Wm. H. Gallagher, der Hauptanwalt Sapiros, erklärte, daß er im Interesse der baldigen Wiedereröffnung des Verfahrens vorgeschlagen habe, daß die Gehälter der neuen Geschworenen je zur Hälfte von dem Kläger und dem Beklagten getragen werden, da infolge der Nichtannahme der zweiten Nathverwilligungsvorlage durch den Kongreß, dem Gerichte hierfür keine Mittel zur Verfügung stünden. Die Vertreter Fords wünschen, daß die neue Prozeßverhandlung erst im September, nach der heißen Sommerszeit, aufgenommen werde.

Richter Raymond wies den amtierenden Bundesdistriktsanwalt John Baxter persönlich an, eine Untersuchung anzustellen und gegebenenfalls Anklagen wegen Gerichtsmißachtung gegen die Herausgeber der Detroit Times, den Berichterstatter, der Frau Cora Hoffmann interviewte, und irgend andere Personen, welche für die Veröffentlichung der Erklärungen der Frau Hoffmann verantwortlich seien, zu erheben.

100,000 Häuser niedergebrannt

London, 25. April. — Wie eine Exchange-Depesche aus Tokio meldet, wurden in der 129,000 Einwohner zählenden Stadt Kanazawa in Zentral-Japan durch eine Feuersbrunst, die von starken Winden angefacht wurde, ungefähr 100,000 Häuser eingeäschert und glaubt man, daß viele Menschenleben verloren gingen. Der Sachschaden wird auf 5,000,000 Yen (rund $2,500,000) geschätzt.

Verschwörung gegen die Sowjetregierung

Moskau, 24. April. — Die Geheimpolizei machte bekannt, daß eine Gruppe von Verschwörern gegen den Frieden der Sowjet-Union, welche sich als Anhänger des Großfürsten Nikolaus bezeichneten, verhaftet wurde. Die Szene der Tätigkeit der angeblichen Verschwörer wurde nicht erwähnt, doch sollen sie sich nach dem beschlagnahmten Beweismaterial in der Hauptsache damit befaßt haben, einem auswärtigen Geheimdienst militärische Informationen auszuliefern. Die Monarchisten wurden aus fremden Quellen finanziert.

Ihr Führer soll der frühere zaristische General Kutjepow sein. (Ein General Kutjepow befehligte im Jahre 1920 einen Teil von Baron Wrangels antibolschewistischer Armee am Schwarzen Meere.)

Durch die Verschwörer sollen, wie erklärt wird, Parteien im Auslande sich bemüht haben, eine Anti-Sowjet-Organisation innerhalb der Sowjet-Union zu gründen. Der Versuch soll vollständig fehlgeschlagen sein.

Entscheidung in der Schulfrage von Alberta.

Das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Canada.

Ottawa. — Durch eine einmütige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Canada wurde erklärt, daß Sektion 17 des Alberta-Aktes weder im Ganzen noch den Teilen nach die Vollmachten des canadischen Parlaments überschreitet.

Diese Sektion des Alberta-Akts bezieht sich auf die Separatschulen der Provinz und bestimmt, daß Sektion 93 des Britisch-Nordamerika-Aktes für Alberta gilt. Demnach dürften die Separatschulrechte durch einen solchen Akt nicht angetastet werden.

Die Rechte bezüglich der Separatschulen oder bezüglich des religiösen Unterrichts in den öffentlichen oder Spearatschulen, wie sie in den Akten der Nordwest-Territorien vorgesehen waren, wurden auch bei Gründung der neuen Provinzen im Westen anerkannt. Die verfassungsmäßigen Garantien wurden dem canadischen Parlament anvertraut. Das ist in knappen Worten der Sinn der oberrichterlichen Entscheidung.

Die Frage der Gültigkeit der Separatschulrechte wurde durch die Forderung nach Rückgabe der Naturwerte und damit auch der Schulländereien an die Provinz Alberta aufgeworfen.

Die Dominionregierung unterbreitete alsdann den Verfassungskonflikt dem Obersten Gerichtshof, der nun entschieden hat, daß die Entscheidung über die Rechte der Separatschulen nicht die Vollmachten des canadischen Parlaments überschreitet.

Die Dominionregierung ist von dem Urteil befriedigt, das zugleich die Gültigkeit des Autonomiegesetzes von Alberta bestätigt. Nach der Verfassung kann jedoch noch die Entscheidung des Geheimen Rates, des Privy Council, angerufen werden. Es ist daher möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Frage auch dem höchsten Gerichtshof des britischen Reiches unterbreitet wird.